



Niederschrift

40. Sitzung Hauptausschuss
9. Mai 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Sitzungseröffnung und Punkt 1 der Tagesordnung: Digitale Sofortlösungen bei den Bürger*innenservices

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2023/0234

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträt*innen und Bürgermeister mit. Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und teilt mit, dass der Antrag aus der Gemeinderatssitzung vom 28. März 2023 verwiesen worden sei.

Stadtrat Bauer (GRÜNE) begrüßt das Vorhaben der Stadtverwaltung die Prozesse durchgängig medienbruchfrei digital umzusetzen. Gleichzeitig sehe er jedoch auch die große Summe an Prozessen, die noch ganz am Anfang des Digitalisierungsprozesses stehen. Er bittet darum, mehr Prozesse auf die Stufe 2 oder 3 des Reifegradmodells zu entwickeln und fragt nach der Priorisierung der Projekte, da es sich um ein Focus-Thema handeln würde und wie diese Priorisierung messbar und spürbar für die Bürger*innen der Stadt sei. Auch fragt er nach der Verlängerung der Arbeitszeit, wenn ein Antrag digital eingereicht werde und ob mit allen Ämtern, die an den Intensivverfahren beteiligt sind gesprochen worden sei, um die Abläufe in Stufe 3 des Reifegradmodells zu erreichen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) lobt das systematische Vorgehen der Verwaltung gleichwohl bittet er darum, die Erledigung der Aufgabe zu beschleunigen.

Stadtrat Zeh (SPD) gibt zu bedenken, dass man digitalen Verfahren in Karlsruhe nicht losgelöst betrachten könne und mehrere Ebenen gefordert seien, da man auch in Arbeitsprozesse z. B. des Landes oder des Bundes eingebunden sei.

Stadtrat Hock (FDP) lobt, dass bereits einige Prozesse stringent weiterbearbeitet worden seien, jedoch fordert auch er, dass noch mehr gemacht werden müsse.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) empfiehlt, nur die Prozesse, die auch sicher laufen umzusetzen und richtig durchzuprüfen.

Bürgermeister Dr. Käuflein teilt die Ungeduld bei der Umsetzung der Digitalisierung, jedoch bewege man sich in einem Kontext, in dem viele Abhängigkeiten, wie z. B. Rechenzentrum, Bund und Land bestehen. Eine einfache, schnelle Umsetzung sei dadurch nur schwer möglich. Er nennt drei Gründe für die Digitalisierung: Es soll die Arbeit im Rathaus erleichtern, es soll den Service verbessern und es soll auf Dauer Ressourcen sparen. Rathausintern werden die Prozesse priorisiert, die medienbruchfrei gestaltet seien.

Stadtrat Hofmann (CDU) fordert, dass eine klarere Priorisierung erfolgen solle.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Priorisierung eine Aufgabe der IT-Kommission sei.

Herr Losert (Amt für Informationstechnik und Digitalisierung) erläutert, dass im IT-Beirat die unterschiedlichen Projekte nach festgelegten Standards priorisiert werden. Dieses Vorgehen sei auch wichtiger Bestandteil der Digitalstrategie. Wenn das Projekt ein wichtiges Ziel unterstütze, erhöhe sich damit die Prioritätskennziffer, wie dies z. B. beim Bürgerservice der Fall sei. Vom ausscheren aus landeseinheitlichen Verfahren rate er ab. Um im Reifegradmodell von Stufe 2 auf Stufe 3 zu kommen, werde mit jedem Amt gesprochen, gemeinsam mit dem POA werden die Prozesse angeschaut, es findet eine Prozessanalyse statt, es werde über die Rechtslage und die IT gesprochen und über die Landeslösung, in die der Prozess eingebettet werde. Danach werde eine gemeinsame Entscheidung getroffen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es vor drei Jahren einen Strategiewechsel des Landes gegeben habe. Es sei nun ein Universalprozess eingeführt worden. Dies stelle jedoch lediglich ein digitaler Briefkasten dar, der gesamte Prozess werde dadurch nicht digitalisiert. Auch die erhöhten Haushaltsmittel des Landes führen nicht dazu, die Prozesse schneller zu digitalisieren, da auch die entsprechenden Fachkräfte gefunden werden müssten. Eine Digitalstrategie, die Zeiträume über die Haushaltsperiode vorsehe, gebe es nicht. Er bittet darum, die noch offenen Fragen in der IT-Kommission zu besprechen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) befürwortet, dass die eingesetzten Lösungen der Prozesse vollständig digital ablaufen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE) teilt mit, dass seine Frage, weshalb die Prozesse sich verlängern, wenn die Bürger*innen die Formulare in pdfs einreichen, bislang noch offen sei. Auch wünscht er sich mehr Details und Erklärungen zu den problematischen Prozessen. Da die noch offenen Fragen in der IT-Kommission aufgegriffen werden, habe sich der Antrag erledigt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) stellt lobend hervor, dass die wichtigen Dinge zu erst angepackt und gelöst worden seien.

Der Vorsitzende fasst abschließend zusammen, dass die noch offenen Punkte und Fragen in der IT-Kommission behandelt werden und der Antrag damit erledigt sei.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
25. Mai 2023